



Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Eendenich und Weststadt

Juni 1984

Der große Bluff der CDU Hospes will Eendenich umbauen

Die CDU tut nichts für Eendenich, Eendenich ist das Stiefkind der CDU. Diesen Vorwurf hatte Dieter Witte im letzten ROTKEHLCHEN erhoben. Das muß den CDU-Stadtverordneten Hospes aufgeweckt haben. Er vertauschte rasch Nichtstun mit hektischer Betriebsamkeit und legte einen Plan zum Umbau Eendenichs vor.

Am 28. April dieses Jahres konnten es die Eendenicher im Bonner General-Anzeiger lesen: Die Eendenicher CDU hat sich mit Eendenicher Verkehrsproblemen beschäftigt und schlägt der Verwaltung eine Reihe von Maßnahmen vor.

Verantwortlich für das ganze zeichnen die beiden CDU-Stadtverordneten Peter Paul Hospes und Peter Henseler. Betrachtet man sich ihre Überlegungen genauer, so muß man den Eindruck bekommen, Eendenich sei an allen Ecken und Enden für die Verkehrsteilnehmer lebensgefährlich. An 15 verschiedenen Stellen haben die CDU-Planer Verkehrssituationen vorgefunden, die ihrer Meinung nach einer Korrektur bedürfen. Das hieße dann wohl konkret: halb Eendenich müßte umgebaut werden.

Irgendetwas kann doch da nicht stimmen. Gewiß, es gibt in Eendenich Straßenkreuzungen und -einemündungen, die unübersichtlich sind und umgestaltet werden müßten. Darauf hat auch die SPD schon des öfteren hingewiesen. Aber diese Mängel können ja wohl nicht erst seit gestern aufgetreten sein. Warum ist die CDU denn nicht schon früher darauf gekommen? Also hatte Dieter Witte doch Recht, als er meinte, die CDU habe bisher geschlafen und nichts für Eendenich getan!

Schauen wir uns doch mal im Einzelnen an, welche Probleme da plötzlich entdeckt wurden.

Die Straßen in Eendenich seien oft viel zu breit und verführten die Autofahrer deshalb zum Rasen. Welch ungeheures Erkenntnis!

Seit 1978 weist die SPD auf dieses Problem hin. Sie hat dazu auch mehrfach konkrete Anträge gestellt. So haben Sozialdemokraten bereits 1979 von der

Verwaltung gefordert, die Straße Auf dem Hügel, die sich ganz besonders zu einer Rennbahn entwickelt hatte, durch die Anlage von Grünstreifen und Radwegen zu verengen und damit den Verkehr zu verlangsamen.

Die CDU hat damals diesen Antrag abgelehnt und erst vor einigen Monaten sich dazu entschließen können, wenigstens mit Pinsel und Farbe einen schmalen Radweg abmarkieren zu lassen.

Die SPD hatte schon vor Jahren gefordert, die Eendenicher Straße im Zentrum des Ortes zu einer echten Fußgängerzone umzugestalten. Hätte die CDU das nicht abgelehnt, wäre die unübersichtliche Kreuzung an der Einmündung der Pastoratsgasse



Halb Eendenich müßte umgebaut werden!
Wo soll auf einmal das Geld herkommen?

in die Eendenicher Straße heute nicht vorhanden.

Auch die Situation im Stranzweg Frongasse - Pastoratsgasse könnte heute längst erheblich besser sein. Auch hier wird immer wieder zu schnell gefahren. Die SPD hat für diese Straße schon mehrmals eine Begrenzung der Geschwindigkeit auf 30 km/h gefordert. Dies ist hier besonders wichtig, da eine Grundschu-



Übrigens:

Da war sie also wieder, die geistig - moralische Wende! Galt es bisher als in der Rechtsgeschichte normal, daß jemand, der gegen Gesetze verstoßen hatte, sich vor Gericht verantworten mußte, sollte das jetzt anders werden. Eine Amnestie sollte beschlossen werden.

Amnestie als solche ist ja nicht unbedingt etwas Unmoralisches. Hier allerdings lag die Sache anders.

Da waren in den letzten Jahren die Steuerfahnder so manchem edlen Spender, aber auch verschiedenen Politikern auf die Schliche gekommen. Steuern waren hinterzogen worden, und zwar in nicht unbeträchtlichem Umfang.

Nun war das Jammern groß! Die großzügigen Spender, insbesondere die großen, sahen es gar nicht gern, daß der Staatsanwalt ihnen an die Bücher gehen wollte. Also beschwerten sie sich bei ihren politischen Sachwaltern in CDU/CSU und FDP und forderten, man möge ihre jahrelange Großherzigkeit doch nicht mit solchem Undank entgelten.

Die Wende-Politiker reagierten schnell. In aller Stille wurde ein Gesetz ausgebrütet, das strafbare Politiker und ihre Finanziers dem Staatsanwalt entziehen sollte.

Man dürfe diese Leute (immerhin Kriminelle!) nicht kriminalisieren, meinte denn auch Heiner Geisler, auch sonst hauptsächlich dann im Einsatz, wenn es gilt, Dreck gegen den politischen Gegner zu schleudern.

Ob die Christ-Liberalen diesen Anschlag auf den Rechtsstaat aus eigenem Antrieb ersonnen, oder ob ihre Geldgeber sonst mit Streik drohten? Also ein gekauftes Gesetz?

In der Tat jedenfalls eine Wende in der politischen Moral!

le in der Nähe liegt. Auch diese Anträge wurden von der CDU abgelehnt.

Zudem kostet jeder Umbau, wird er mit auch noch so einfachen Mitteln vorgenommen, Geld. Das gilt insbesondere für Radwege. Und diese sollen zwischen möglichst vielen der umzubauenden Knotenpunkten angelegt werden.

Spätestens hier entlarvt sich der ganze Plan als das, was er in Wirklichkeit ist: als ein Wahlgag für die kommende Kommunalwahl. Denn wer einerseits solche Maßnahmen in dem genann-

ten Umfang fordert und andererseits bei den letzten Haushaltsberatungen beispielsweise für den Radwegebau kaum etwas übrig hat, macht sich unglaubwürdig. Hektische Betriebsamkeit kurz vor den Wahlen soll bei der CDU mal wieder durchdachte und vor allem glaubwürdige Politik ersetzen.

Lassen Sie sich nicht bluffen! Spätestens, wenn der jetzt von der CDU geschlagene Schaum sich nach den Wahlen gesetzt hat, wird man erkennen, wie ernst die Vorschläge gemeint waren.

Verwaltung im Dienst der CDU Bezirksvertretung wurde belogen

Die Verwaltung hat in Sachen Verkehrsberuhigung Weststadt bisher noch nichts getan. Das hatte ROTKEHLCHEN in der letzten Ausgabe behauptet. Die Antwort auf eine Anfrage in der Bezirksvertretung bestätigte das. Mit der Wahrheit hielt es die Verwaltung dabei nicht besonders.

In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Bonn hatte der SPD-Bezirksverordnete Klaus Stöppler, wie im ROTKEHLCHEN berichtet, eine Anfrage eingebracht, um zu erfahren, was bisher in Sachen Verkehrsberuhigung Weststadt geschehen sei.

Die Antwort der Verwaltung fiel erwartungsgemäß dürftig aus. Sie lautete:

"Die Verwaltung hat ausgeführt, daß die erforderlichen Arbeiten für die Weststadt nach Abschluß der Beratungen für die Südstadt aufgenommen werden. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß mit dem Abschluß der Beratungen für die Südstadt nicht auch ein Abschluß der Planungsarbeiten verbunden ist. Zusätzliche Pläne für Aufpflasterungen und Markierungen werden zur Zeit erarbeitet. Erst nach Abschluß dieser Arbeiten kann mit den Planungen für die Verkehrsberuhigung Weststadt voll begonnen werden. Mit einer Vorlage kann nicht vor Mitte 1985 gerechnet werden."

Inzwischen ergeben, daß der Personalbestand in der Verkehrsabteilung des Planungsamtes seit Anfang 1981 nicht reduziert wurde. Zwei Mitarbeiter, die weggingen, hatten mit dem Generalverkehrsplan zu tun und somit nie für Verkehrsberuhigungsplanung zur Verfügung gestanden.

Auf eine weitere Nachfrage in der Sitzung, was denn in Sachen Weststadt bisher überhaupt geschehen sei, wurde geantwortet, man habe gerade mit ersten Voruntersuchungen begonnen. Planungen gebe es noch keine.

Um so größer war dann am folgenden Tag die Überraschung, als in der Presse zu lesen war, Anfang Juni würden in der Malteserstraße, also mitten in der Weststadt, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen durchgeführt.

Nach den Presseberichten geht diese Planung auf eine Anregung eines CDU-Mitgliedes im Stadtplanungsausschuß zurück.

Interessant dabei ist vor allem, daß die Verwaltung und auch die CDU jahrelang Vorschläge der SPD und auch einer Bürgerinitiative aus der Kaufmannstraße abgeblockt haben mit der Begründung, Einzelmaßnahmen seien nicht sinnvoll, man solle die Gesamtplanung abwarten.

Man habe noch keine konkreten Planungen, hatte die Verwaltung in der Sitzung behauptet. Das war eine glatte Lüge. Sogar die Markierungspläne waren schon erarbeitet. Auch war nicht festzustellen, ob diese Planung je einem parlamentarischen Gremium vorgelegen hatte. Gefälligkeitsplanung für die CDU also? Jedenfalls scheinen alle früheren Argumente der Verwaltung keine Gültigkeit mehr zu besitzen, wenn ein CDU-Politiker etwas wünscht. Stadtverwaltung im Dienste der CDU? Dieses Eindruckes kann man sich jedenfalls nicht erwehren, sieht man sich die Vorgänge um die letzte Bezirksvertretung an.

Der Bezirksverordnete Stöppler wird jedenfalls den Oberstadtdirektor in einem Schreiben bitten, Klärung in diese dubiosen

Vorgänge zu bringen. Notwendige Maßnahmen für den Bürger dürfen nicht zum Spielball einer Partei werden!

Wird Reuterhof nun doch Kaufhaus?

Wird aus dem ehemaligen Reuterhof an der Endericher Straße nun doch ein Kaufhaus?

Einige Entwicklungen der letzten Wochen haben die Sozialdemokraten in Enderich alarmiert. Sie fordern schon seit längerem, die Stadt solle den Reuterhof erwerben und ihn zu einem Bürger- und Jugendzentrum für Enderich umgestalten. Die Endericher Vereine haben an diesem Plan ebenfalls ihr Interesse bekundet.

Nun hat der CDU-Stadtverordnete Hospes angekündigt, für den Einzelhandel werde demnächst eine neue Fläche von ca. 700 Quadratmetern an der Endericher Straße zur Verfügung stehen. Zudem soll das Grundstück des Reuterhofes von der Rückseite durch eine Stichstraße erschlossen werden.

Die SPD will endlich Klarheit haben. Nicht nur, daß damit das Bürgerzentrum unmöglich würde, ein Kaufhaus würde sicher auch der angestammten Endericher Geschäftswelt nicht gerade Umsatzsteigerungen bringen!

D. Witte begrüßt Hans Jochen Vogel



DIETER WITTE

Einen prominenten Zuzug hat der Ortsverein Bonn-West in seinem Gebiet zu verbuchen.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Hans Jochen Vogel nahm seinen Bonner Wohnsitz im Gebiet des Ortsvereins.

Dies nahm Dieter Witte, Vorsitzender des Ortsvereins und Stadtverordneter für Enderich, zum Anlaß, dem Oppositionsführer einen Besuch abzustatten.

Dieter Witte ließ Vogel als neuen Bürger herzlich willkommen und überreichte ihm zur Begrüßung eine Bonn-Krawatte und einen Bildband über die Bundeshauptstadt.

OPEN AIR FESTIVAL

mit CLIMAX BLUES BAND, GROB-SCHNITT, INGA RUMPF, Pantomime, Kabarett, Folklore, Straßentheater

Sa. 2. Juni ab 15 Uhr im Fußballstadion Neustraße in Beuel

So weit, so schlecht! Aber hätten denn nicht wenigstens die vorbereitenden Untersuchungen für die Weststadt schon parallel laufen können? Das sei leider auch nicht möglich gewesen, denn schließlich habe die Verwaltung durch Ratsbeschlüsse in den letzten Jahren eine Personalreduzierung von etwa einem Drittel verkraften müssen, so der stellvertretende Leiter des Stadtplanungsamtes.

Dies war die erste Unwahrheit, die der Bezirksvertretung aufgetischt wurde. Recherchen haben

Für eine europäische Friedenspolitik

SPD für mehr Selbstbewußtsein

Die Sicherheitspolitik der CDU-Regierung besteht darin, Befehle aus Washington entgegenzunehmen und auszuführen. Aber auch auf europäischer Ebene fehlt es noch an genügend Selbstbewusstsein, europäische Interessen offensiv zu vertreten. Sozialdemokraten wollen das im Europäischen Parlament ändern.

Mit der Entscheidung von CDU/CSU und FDP für die Raketenstationierung im vergangenen Jahr darf das letzte Wort nicht gesprochen sein. Die SPD hat dazu ein klares Nein gesagt.



Roswitha Bourguignon-Wittke, SPD-Europakandidatin in Bonn

Mit der Stationierung jedoch können wir uns auch weiterhin nicht abfinden. Sozialdemokraten kämpfen deshalb auch im Europäischen Parlament gegen die Fortsetzung des Rüstungswettlaufes und insbesondere gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen.

Die SPD ist für die sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen in Genf. Europa darf nicht zum ohnmächtigen Schauplatz werden, auf dem die Supermächte ihre Entscheidungen austragen. Dabei wird es darum gehen, unsere europäischen Sicherheitsinteressen deutlicher zum Ausdruck zu bringen als bisher.

Im Europäischen Parlament haben Sozialdemokraten auf die wachsende sicherheitspolitische Gefährdung Europas hingewiesen und nach eigenständigen politischen Lösungen gesucht. Sie haben deutlich gemacht, daß zum Fortbestand der westlichen Bündnisstruktur auch die europäische Dimension gehört, denn das NATO-Bündnis zerbricht nicht am Prozeß der europäischen Emanzipation.

Zur Selbstbehauptung Europas gehört in diesem Zusammenhang auch eine Überprüfung der bisherigen Bündnisstrategie, denn die Zweifel darüber, ob die vor Jahrzehnten beschlossene Strategie der "flexiblen Antwort" noch ausreichend der Kriegsverhütung und damit unserer Sicherheit dient, wachsen immer mehr.

Im Europäischen Parlament setzen sich Sozialdemokraten dafür ein,

► daß die Nuklearwaffen auf beiden Seiten in Europa wieder abgebaut werden,

- daß biologische und chemische Waffen weder produziert noch gelagert werden,
- daß eine nuklearwaffenfreie Zone in der Mitte Europas eingerichtet wird,
- daß der Waffenexport der EG-Länder eingeschränkt wird.

Bei den Wahlen am 17. Juni haben deshalb die Bürger, die gegen die Nachrüstung sind, aber nie gefragt wurden, eine Chance, ihrem politischen Willen Ausdruck zu geben. Jede Stimme für die SPD ist deshalb eine Stimme für eine neue selbstbewußte europäische Friedenspolitik.

Roswitha Bourguignon-Wittke

Riesenerfolg! Nun in Bonn!

Katharina Focke gibt eine Vorstellung von Europa:

KATHARINAS ZIRKUS

Am 15. Juni um 19.30 Uhr am Hauptzollamt an der Friedrich-Ebert-Allee

Vorverkauf (DM 5) bei Dieter Witte und beim SPD-Büro, Clemens-August-Straße 64

Das zeigt deutlich: nicht den kleinen Steuersündern sitzt der Staatsanwalt im Nacken, sondern den großen. Und die sollen kein Unrechtsbewußtsein gehabt haben. Gerade die großen Firmen sind es doch, die eigene Steuerabteilungen unterhalten. Sollen da etwa nur unfähige Leute sitzen, die nicht wissen, was eine Steuerhinterziehung ist?

Diese Großen sollen sich zudem nicht bereichern, sondern entreichert haben. Nun, sie werden schon gewußt haben, an wen und für welche Politik sie ihre Spenden gaben. Sicher nicht für eine Politik, die ihre Bereicherungschancen schmälern würde!

Die CDU und die CSU haben auf ihren Parteitag dieses Gesetz mit großer Mehrheit befürwortet. Vereinzelter Widerstand hier sowie in größerem Maße in der FDP richtete sich kaum inhaltlich gegen das Vorhaben. Es waren meist wehlaktische Gründe, die dagegen ins Feld geführt wurden.

Nicht das rechtstaatliche Denken in der FDP also war es, das die Amnestie vorerst verhindert hat, sondern der unüberhörbare Sturm der Entrüstung in der Bevölkerung und weiten Teilen der Presse. So sammelte am vorletzten Wochenende die Endenicher SPD an einem Informationsstand in knapp zwei Stunden etwa 500 Unterschriften gegen das Gesetz. Die Bonner CDU hat sich auch dagegen ausgesprochen, aber erst, als das Gesetz vom Tisch war. Bis dahin hatte ihr Oberbürgermeister Daniels, selbst der Steuerhinterziehung überführt, zu den Verfechtern der Amnestie gehört.

Man wird in Zukunft die Augen aufhalten müssen, denn aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Anschlag auf den Rechtsstaat

Amnestiegesetz vorerst abgewehrt

Buchstäblich in letzter Minute hat die Empörung der Bundesbürger einen Gesetzentwurf der Rechtskoalition hinweggefegt, der einen beispiellosen Anschlag auf das Rechtsbewußtsein der Bürger bedeutet hätte: Steuerstrafäter bei Parteispenden sollten straf-frei bleiben. Und nebenbei wollten sich Koalitionspolitiker auch noch selbst amnestieren.

Wenn Heiner Geisler eine Pressekonferenz gibt, kann man meistens damit rechnen, daß wieder etwas im Busche ist. So auch neulich.

Es solle ein Gesetz verabschiedet werden, das alle die, die jahrelang aus staatspolitischer Verantwortung den politischen Parteien Geldspenden gegeben hätten und dabei mit der Steuergesetzgebung in Konflikt geraten seien, vor der Bestrafung schützen solle.

Man könne schließlich viele tausende kleine Handwerksmeister, die keinerlei Unrechtsbewußtsein gehabt hätten, nicht nachträglich kriminalisieren. Zudem hätten sie sich ja auch nicht bereichert, im Gegenteil, sie hätten sich in selbstloser Weise entreichert.

Bei so viel dräuendem Unrecht wollten den Zuhörern schier die Tränen kommen.

Noch schlimmer hätte man die Tatsachen um die Steuerhinterziehungen in Sachen Parteispenden nicht verdrehen können.

Zunächst einmal: Die CDU hat in der Person eben dieses Geisler die Wähler belogen. Heiner Geisler sagte am 21. 2. 1983 im saarländischen Rundfunk auf die Frage, ob die Koalition nach der Wahl ein Amnestiegesetz plane: "Das kommt überhaupt nicht in Frage!"

Und dann die tausende von kleinen Handwerkern, die nun mit einem Fuß im Gefängnis stehen. Auch davon ist kein Wort wahr. Die Bonner Staatsanwaltschaft, mit dem größten Teil der Verfahren beschäftigt, stellt bei Spenden bis zu 30 000 DM das Verfahren gegen Zahlung eines Bußgeldes ein. Die Betroffenen sind dann nicht vorbestraft. Bei Spenden bis zu 5 000 DM wird gar grundsätzlich eingestellt.

Schluß mit der Verschwendung!

Agrarmarkt ist zu teuer

Aus dem Rathaus

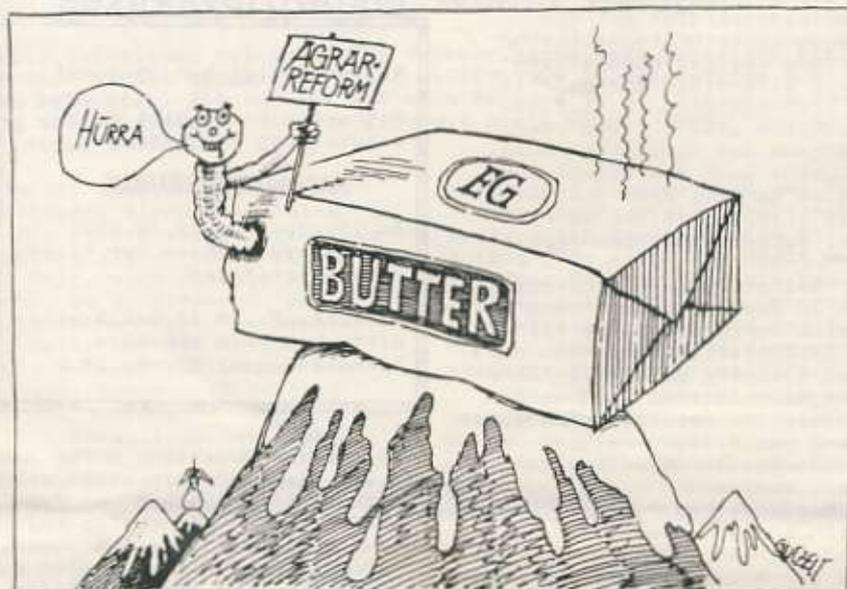
Viele Bürger schimpfen auf die Europäische Gemeinschaft, weil sie zu teuer sei. Das stimmt nicht. Es wird nur zuviel Geld ausgegeben für unsinnige Sachen. Dazu gehört der Agrarmarkt.

Für 270 Millionen Bürger standen in der EG 1983 ca. 52 Milliarden DM zur Verfügung. Das sind pro Kopf 190 DM. Vergleichsweise steht in unserem Bundeshaushalt mehr als fünfzehnmal so viel bereit.

Die EG ist also nicht zu teuer, aber es wird viel zu viel für landwirtschaftliche Überproduktion ausgegeben.

Und das wurde 1981/82 in der EG vernichtet:

6 606 t	Blumenkohl
42 554 t	Tomaten
270 334 t	Pfirsiche
31 135 t	Birnen
37 081 t	Äpfel
61 852 t	Mandarinen
2 929 t	Orangen
34 846 t	Zitronen



Durchbruch

Gutzeit/Westfäl. Rundschau/14.3.84

Die Kosten für die EG-Agrarpolitik sind innerhalb von zwei Jahren, von 1981 (29,8 Mrd. DM) bis 1983 (40,6 Mrd. DM) um mehr als 10 Milliarden DM gestiegen. Eine wesentliche Ursache dafür waren die unverantwortlich hohen Preisbeschlüsse in der EG, die entsprechende Produktionssteigerungen nach sich zogen.

So stieg z.B. die Milchproduktion in der EG von 112 Mio Tonnen 1981 auf knapp 120 Mio Tonnen 1983, was Mehrkosten von mehr als 3 Mrd. DM verursachte.

Die Kosten des Agrarmarktes sind inzwischen unbezahlbar geworden. Sie belasten vor allem die europäischen Steuerzahler und Verbraucher.

Im letzten Jahr haben Sie als EG-Bürger zusammen mit allen anderen europäischen Steuerzahlern z.B. 113 Mio DM für Äpfel bezahlt, die Sie nie gegessen haben. 518 000 Tonnen Äpfel kaufte die Europäische Gemeinschaft, um den Preis künstlich hochzuhalten. Das gleiche gilt für Blumenkohl, Tomaten, Apfelsinen, Mandarinen und Zitronen.

Die Landwirtschaftsminister und Bauernverbände behaupten, es gäbe keine Obst- und Gemüsevernichtung. Dies ist schlicht unrichtig. 1982 kostete die Marktordnung für frisches Gemüse und Obst 880,2 Mio DM, davon wurden 461 Mio DM für die "Rücknahme aus dem Markt", und dies bedeutet für die Vernichtung, aufgewendet.

Auch die in der EG angehäuften Überschüsse können sich sehen lassen:

1 000 000 t	Magermilchpulver
900 000 t	Butter
400 000 t	Rindfleisch
9 000 000 t	Getreide
20 - 30 Mio hl	Wein

Daneben gibt es aber auch eine indirekte Vernichtung, wenn z.B. Äpfel und Birnen in großem Umfang zu Viehfutter oder Agraralkohol verarbeitet werden. Dies muß anders werden!

Die SPD fordert deshalb, daß die EG auf diese Interventionspreisregelungen verzichtet. Damit nicht noch mehr Obst und Gemüse vernichtet wird, damit nicht noch mehr Milch- und Weinsen entstehen! Die SPD fordert, daß die EG mit dem eingesparten Geld die Arbeitslosigkeit abbauen hilft und die ärmeren Regionen in der EG wirksam unterstützt.



In der Wüste Euro
Weber/N. Dinschlag Ztg. 5.1.84

Die Stadtverordneten Dieter Witte und Horst Bachmann haben einige Anträge eingebracht, die für Endenich Verbesserungen bringen sollen. Die Anträge sind zum Teil nicht neu, nur sind sie bisher immer von der CDU abgelehnt worden.

Die Höchstgeschwindigkeit in der Frongasse soll auf 30 km/h beschränkt werden, da sie sehr unübersichtlich ist. Es entstehen dort durch zu schnell fahrende Autos immer wieder gefährliche Situationen.

Am Schulplatz soll die Vorfahrtsregelung geändert werden. Nicht mehr der aus dem nördlichen Teil der Magdalenenstraße kommende Verkehrsteilnehmer soll Vorfahrt haben, sondern der Verkehr aus der Frongasse. Insbesondere, wenn Busse am Schulplatz halten, wird bei der jetzigen Regelung die Verkehrssituation sehr unübersichtlich.

Die Oberfläche des Parkplatzes am Schulplatz ist in einem unzumutbaren Zustand. Schlaglöcher und Schlamm bei Regenwetter machen ihn nur schwer passierbar. Er soll möglichst bald instandgesetzt werden.

Der Bürgersteig im Flodellingsweg (im Bereich von der Sebastianstraße bis auf die der Bergfeldstraße gegenüberliegende Seite) soll instandgesetzt werden. Der Weg ist sehr schmal und uneben und bedeutet besonders für ältere Leute eine Gefährdung.

Fotowettbewerb

Wir wollen noch einmal daran erinnern: ROTKEHLCHEN hatte in der letzten Ausgabe zu einem Fotowettbewerb aufgerufen.

Die schönsten Ecken von Endenich werden gesucht. Wo hat sich Endenich zu seinem Vor- oder Nachteil verändert?

Jeder kann bis zu zehn Fotos einsenden, schwarz-weiß oder farbig, das Format ist beliebig.

Einsendeschluß ist der 1. Juli. Das Ergebnis soll auf einer Ausstellung im Herbst präsentiert werden. Die besten Fotos werden prämiert.



Erscheinungsweise:
Jeden zweiten Monat

Auflage: 7.200
Druck: Eigendruck

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion
in Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Stöppler (verantw.)
H. Baumann, U. Berger-Juling,
A. Büchner, W. Carl, G. Haas,
G. Roth

Redaktionsanschrift:
ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler
Weberstraße 55 5300 Bonn 1
Telefon: 225156